

Die sozialen Netze tragen nicht mehr

Steigende Gesundheitskosten werden für viele Europäer zum Problem

Eine neue Studie der WHO deutet darauf hin, dass hohe Gesundheitsausgaben für viele Menschen in Europa problematisch sind. Sie führen auch in wohlhabenden Ländern zu finanziellen Härten.

Die auf Daten aus 25 Ländern basierenden Schätzungen zeigen, dass bis zu acht Prozent der Haushalte wegen Zuzahlungen für die Gesundheitsversorgung bei grundlegenden Bedürfnissen wie Lebensmitteln, Wohnung oder Kleidung sparen müssen. Eine Situation, die gegen den Geist der Charta von Tallinn verstößt. Diese wurde 2008 von 53 Mitgliedsstaaten in der Europäischen Region ratifiziert. In ihr heißt es: Es darf „heute nicht mehr hingenommen werden [...], dass Menschen infolge von Gesundheitsproblemen verarmen“.

„Seit der Unterzeichnung der Charta von Tallinn hatten die Gesundheitssysteme einen schweren Stand. Zehn Jahre später ist die Wirtschaftslage ungewiss, wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer und können die öffentlichen Gesundheitsausgaben mit den Bedürfnissen der Menschen nicht mehr Schritt halten“, sagt die WHO-Regionaldirektorin für Europa, Dr. Zsuzsanna Jakab. „Familien müssen oft ihre Gesundheitsversorgung aus eigener Tasche finanzieren. Viele können sich das nicht leisten. Wir appellieren dringend an die Länder, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Zahlungen aus eigener Tasche unter 15 Prozent der Gesamtausgaben für Gesundheit zu halten.“

Deutschland gehört mit seinem Gesundheitssystem nicht zu den Risikoländern. Alle medizinisch notwendigen Untersuchungen und Behandlungen sind mit durch die gesetzliche Krankenversicherung abgedeckt. Dementsprechend sind die Zuzahlungen der Patienten deutlich geringer als in den meisten anderen europäischen Ländern. In Frankreich ist der Anteil, den Arbeitnehmer für ihre Krankenversicherung zahlen müssen, zwar recht gering, dafür fällt die Selbstbeteiligung teilweise sehr hoch aus. So werden beispielsweise nur 70 Prozent der Kosten für ambulante Behandlungen, Zahnarztbehandlungen und Medikamente



Abbildung: Alexander Pokusay – stock.adobe.com

Viele EU-Bürger müssen ihre Gesundheitsversorgung zu einem hohen Anteil selbst finanzieren. Das führt zu finanziellen Härten und müsse sich ändern, fordert die WHO.

erstattet. Auch in Großbritannien müssen Patienten tief ins Portemonnaie greifen, wenn sie beispielsweise eine Zahnbehandlung brauchen. Bis zu 80 Prozent Eigenanteil schlagen hier zu Buche. Ähnlich sieht es in Dänemark aus. Bei Erwachsenen erfolgt nur eine anteilige Erstattung. Deren Höhe richtet sich immer nach der Art der Behandlung. In den meisten Fällen erfolgt nur eine Kostenübernahme von 25 Prozent. Der Eigenanteil bei verschreibungspflichtigen Medikamenten liegt zwischen 25 und 50 Prozent.

Die WHO fordert die Staaten auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Hilfestellung sollte die Tagung zum Thema „Gesundheitssysteme für Wohlstand und Solidarität: niemanden zurücklassen“ liefern, die am 13. und 14. Juni 2018 in Tallinn stattfand. Die Tagung hat 250 politische Entscheidungsträger aus der gesamten Europäischen Region zusammengebracht. Die Ergebnisse werden auf der 68. Tagung des WHO-Regionalkomitees für Europa im September 2018 vorgelegt.

Ilka Helemann